

16.06.2020

Antrag

der Fraktion der SPD

Was folgt dem Applaus für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger? Nordrhein-Westfalen zieht Lehren aus der Corona-Krise und setzt jetzt auf einen sozialen Neustart für die Vielen.

I. Ausgangslage

Die Bekämpfung der Viruserkrankung COVID-19 ist weltweit zu einer Jahrhundertaufgabe geworden. Die Zahl derer, die mit oder an COVID-19 verstorben sind, umfasst international inzwischen mehrere Hunderttausend. Die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgen dieser Pandemie sind aus heutiger Sicht noch nicht vollständig abschätzbar. Corona ist noch lange nicht überwunden.

Gleichzeitig lassen die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten erste Folgerungen zu, was wir aus dieser Krise lernen können. Fest steht: Die Jahrhundertaufgabe ist eine Gemeinschaftsaufgabe – weltweit, europaweit, deutschlandweit und in Nordrhein-Westfalen. Eine solche Krise wird dort bewältigt, wo Menschen füreinander einstehen können und dieses dann auch tun. Je größer die gesellschaftliche Solidarität, desto stärker wird unsere Gesellschaft diese Aufgabe meistern.

Eine Voraussetzung für diese Solidarität ist gegenseitige Rücksichtnahme, Respekt und Anerkennung. Der Applaus auf den Balkonen und im Landtag für „diejenigen, die den Laden am Laufen halten“, war ein symbolischer Ausdruck. Denn ohne den Einsatz der Arbeitnehmenden in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen, an den Kassen im Einzelhandel, in den Gesundheitsämtern, im öffentlichen Verkehr oder im Home Office hätte unser Land die erste Krisenphase nicht vergleichsweise gut überstehen können. Doch Klatschen alleine reicht nicht.

Zu der Erkenntnis der vergangenen Wochen und Monate gehört nämlich auch, dass wir diesen Menschen sehr viel abverlangt haben. Die Grenzen des für sie zu Leistenden wurden in Teilen überschritten. Die Corona-Zeit wird zum Brennglas für die sozialen Probleme, die teilweise zuvor bereits seit Jahren bekannt waren. Deswegen braucht es jetzt eine Bestandsaufnahme, welche Politikfelder überarbeitet und verbessert werden müssen. Dafür brauchen wir starke Partner an unserer Seite. Dazu gehören die Freie Wohlfahrtspflege, die Gewerkschaften und alle Beteiligten der Gesundheits- und Sozialwirtschaft. Nur mit ihnen können wir diese Gemeinschaftsaufgabe meistern.

Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, in Kindertagesstätten, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in der Fleischbranche und weiteren prekären Branchen waren schon vor Corona schlecht. Die Bezahlung war und ist für diese wichtige und anstrengende Arbeit zu niedrig, die Arbeitsbelastung zu hoch. Wer

Datum des Originals: 16.06.2020/Ausgegeben: 17.06.2020

den Applaus im Parlament ernst meint, setzt nun im Dialog mit den Betroffenen an der Wurzel des Übels an und trägt dafür Sorge, dass sich Bezahlung und Arbeitszeiten dauerhaft an der medial bescheinigten „Systemrelevanz“ der Aufgaben orientieren.

Angesichts der fundamentalen Gesundheitsbedrohung durch die Covid-19-Pandemie erfährt eben dieser Begriff der „Systemrelevanz“ eine neue Bedeutung. Doch es gilt, diesen Begriff mit Leben zu füllen.

„Systemrelevant“ muss das sein, was unsere Gesellschaft im Kern zusammen hält. „Gesellschaftsrelevant“ ist für uns:

1. eine gut funktionierende und robuste öffentliche Daseinsvorsorge,
2. eine sichere Arbeit mit guten Bedingungen und einer Entlohnung, die sich nicht an der Selbstbereicherung weniger, sondern an der Leistungserbringung für die Gesellschaft orientiert,
3. die Bildung, Versorgung und das Großziehen von Kindern sowie die Fürsorge von pflegebedürftigen Menschen.

Seit März stehen nun die Sektoren der Daseinsvorsorge im Mittelpunkt, die für die Gesellschaft schon immer von besonderer Bedeutung waren. Dazu gehören: das Gesundheitswesen, die Lebensmittelproduktion und -versorgung, die kommunalen Strukturen wie die Wasserversorgung und Abwasserversorgung, die Bildungseinrichtungen, der öffentliche Nahverkehr und die Abfallentsorgung.

Das sind oftmals gerade die Sektoren, die in den letzten Jahren unter einem besonderen Kosten- und Anpassungsdruck standen. Dies hatte zur Folge, dass die Beschäftigten dort höhere Arbeitsbelastungen, geringe Löhne und unsichere Arbeitsbedingungen ertragen mussten. Diesen Menschen gehört unser Respekt. Sie brauchen unsere Unterstützung und strukturelle Veränderungen. Dazu gehören die Stärkung des Arbeitsschutzes, die Abschaffung der Werkverträge und der sachgrundlosen Befristung und vor allem eine bessere Entlohnung.

Eine krisenfeste Wirtschaft, gute Arbeitsbedingungen und die öffentliche Daseinsvorsorge bedingen einander. Damit die Wirtschaft wieder anlaufen kann und nachhaltig gestärkt aus der Krise kommt, sind sowohl eine aktive nachhaltige Konjunkturpolitik (vgl. Drs. 17/9356 „Konjunkturprogramm für Arbeit, Sicherheit und Fortschritt“) wie auch die dauerhafte Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge erforderlich. Staatliche Finanzhilfen in Milliardenhöhe für Banken und Großkonzerne in Krisensituationen mögen kurzfristig wirtschaftliche Strukturen aufrecht erhalten, führen aber zu Recht dann zu breiter Empörung und einer Vertrauenskrise in die Demokratie, wenn nach Krisen bekannt gegeben wird, dass für dringend benötigte Investitionen im Gesundheits- und Sozialbereich und für angemessene Löhne keine Mittel vorhanden sein sollen. So sind es häufig diejenigen Unternehmen und Konzernchefs, die steuerfinanzierte Finanzhilfen für die Wirtschaft fordern, die gleichzeitig Dividenden und Boni auszahlen und dann auch noch Steuersenkungen fordern. Dadurch würden wiederum der öffentlichen Hand Mittel für Schulen, Straßen, Gesundheitswesen oder die Finanzen von Städten und Gemeinden fehlen.

Im Gesundheitssektor führte das Streben nach finanziellen Gewinnen dazu, dass Mundschutzmasken nicht mehr in Europa sondern im asiatischen Raum hergestellt wurden, da die Produktion im Cent-Bereich billiger war. Auch bei lebenswichtigen Medikamenten wurde die heimische Produktion stark heruntergefahren und auf Importe aus Billiglohnländern gesetzt. Diese Vorgehensweisen führten dazu, dass der Gesundheitsschutz in der Krise abgemindert

wurde und horrenden Preise gezahlt werden mussten. Der Schutz unserer Bevölkerung und unserer Beschäftigten muss aber oberste Priorität haben.

Im Pflegebereich hat die Corona-Krise aufs Schärfste gezeigt, wo die Schwachstellen liegen. Ob die ambulante Pflege, Altenpflegeeinrichtungen oder die spezialisierte Pflege in den somatischen oder psychiatrischen Kliniken – all diese Bereiche sind unterfinanziert und müssen strukturell sowie personell gestärkt werden. Auch die Situation der vielen pflegenden Angehörigen, die ein großer Stützpfiler unseres Pflegesystems sind, muss verbessert werden. Ein einmaliger Corona-Bonus für die Beschäftigten in der Altenpflege reicht bei weitem nicht aus, um etwas für die Pflege zu bewirken. Wir müssen jetzt die Zeichen der Zeit erkennen und den Pflegeberuf nachhaltig finanziell und personell aufwerten. Hierzu müssen alle relevanten Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Verbänden und die Tarifpartner an einen Tisch, um Lösungskonzepte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne in der Pflege zu erarbeiten.

Viele Studien zeigen bereits jetzt, dass Frauen stärker von der Krise betroffen sind als Männer. Sie reduzieren viel häufiger ihre Arbeitsstunden, um sich zuhause um die Kinder zu kümmern, die Beschulung zu gewährleisten, den Haushalt zu pflegen und die Sorgearbeit zu übernehmen. Schon vor Corona haben Frauen durchschnittlich 1,5 Stunden täglich mehr Zeit damit verbracht als Männer. Für pflegende Angehörige kommt eine weitere Belastung hinzu. Diese ungleiche Verteilung verstärkt sich jetzt weiter und führt zu einer untragbaren Mehrfachbelastung der Frauen. Auf der anderen Seite der Ungerechtigkeitsmedaille zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Laut Berichten der Deutschen Wirtschaftsforschung sind in den sogenannten „systemrelevanten“ Berufen 75% Frauen beschäftigt. Sie haben in Zeiten der wirtschaftlichen und persönlichen Einschränkungen für das Aufrechterhalten und Funktionieren unserer Gesellschaft Sorge getragen. Sie haben mehr verdient als unseren Applaus. Eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in Verbindung mit der Aufwertung der sozialen Berufe und Entgeltgleichheit können nur das Mindeste für eine gerechte Aufgabenteilung sein.

Kinder und Jugendliche brauchen Kontinuität und Sicherheit, jetzt mehr denn je!

Der Shutdown in Kita und Schule hat die die Schutzlosigkeit der Kinder offenbart, die Opfer körperlicher und psychischer Gewalt sind. Die bisherigen Strukturen der multiprofessionellen Teams haben sich als fragil und dysfunktional erwiesen, da die Kinder unter ihrem Radar verschwanden und sie keinen Zugang mehr zu diesen Kindern hatten. Aber nicht nur diese Kinder waren enormen psychischen Belastungen ausgesetzt. Kinder konnten ihre Freunde und Mitschülerinnen und Mitschüler nicht mehr sehen. Ihre Lebenswelt wurde durchgewirbelt und von Verlust und Ängsten geprägt. Das Wohl aller Kinder muss die Richtschnur unseres Handelns sein. Diese Kinder und ihre Beteiligung müssen endlich in den Mittelpunkt der Betrachtung und des Handelns rücken, deshalb müssen sie einen hohen Stellenwert im politischen Handeln der Landesregierung bekommen. Die Bildungseinrichtungen Kindertagesstätten und Schule müssen den Kindern hier Verlässlichkeit und ein stabiles Umfeld bieten in denen Kinder und Jugendliche, die Corona-Zeit auf- und verarbeiten können und ihrem Recht auf Bildung und soziale Entwicklung nachgekommen wird. Die Bildung ist ein hohes Gut, aber gefährdete, ängstliche und traurige Kinder können nicht wirksam lernen. Ihr Wohl ist der Ausgangspunkt für die Aufnahme von Lerninhalten. Die Krise hat aber auch offenbart, dass unsere Schulen nicht auf die Digitalisierung vorbereitet sind. Es fehlen nicht nur Computer oder Tablets, es fehlt schon an einer Digitalstrategie, wie Unterricht auf Distanz erfolgen kann. Hier wird gerade an vielen Stellen auf das Engagement einzelner und nicht auf zentrale Hilfestellungen gesetzt. Viele Fragen, wie die des Datenschutzes, haben bei Lehrkräften zur Verunsicherung geführt. Das Resultat ist entsprechend. Aber auch die vielen Kurskorrekturen der Landesregierung im Bereich der Schulpolitik führen dazu, dass die Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer verunsichert sind. Hier wurde viel zu wenig mit den Beteiligten, aber sehr viel

über sie gesprochen. Eltern mussten hier im heimischen Wohnzimmer oder am Küchentisch Enormes neben ihren anderen Verpflichtungen leisten.

Die Krise hat noch einmal den Trend verstärkt, dass der Bildungserfolg vom Einkommensstatus des Elternhauses anhängig ist. Die in Eigenverantwortung zu beschaffenden Lehrmaterialien, wie Tablets oder Laptops, stehen häufig einkommensschwachen Familien nicht zur Verfügung. Hier ist für Chancengleichheit zu sorgen.

Im Bereich der Kindertagesstätten fehlte erkennbar von Anfang an ein klarer Kurs. Zuletzt hat insbesondere die Entscheidung, die Betreuung in Kitas selbst für Kinder absolut systemrelevanter Berufsgruppen, wie Krankenpflegepersonal, Polizeibeamten oder Erzieherinnen und Erzieher selbst im Verhältnis zur Notbetreuung von bis zu 35 Stunden zu begrenzen, für Unverständnis und Verärgerung gesorgt.

Städte, Gemeinden und Kreise tragen wiederum mit ihren Ämtern, Stadtwerken und kommunalen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen sowie kommunalen Verkehrsunternehmen dazu bei, dass Menschen die Angebote und Leistungen bekommen, die sie brauchen. Die Beschäftigten in den Rat- und Kreishäusern sorgen für eine lebens- und lebenswerte Heimat. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sind schon als größter öffentlicher Auftraggeber als nachfragender Marktakteur für wirtschaftliche Impulse notwendig. Umso wichtiger wird ihre Aufgabe jedoch jetzt, wenn die sozialen Folgen der Krise zu bewältigen sind. Dafür brauchen sie finanzielle Handlungsfähigkeit.

Die Beschlüsse der Bundesregierung zur nachhaltigen Entlastung der Kommunen bei den Kosten der Unterkunft sind wichtig, wie auch der Ausgleich der wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen. Doch der horrende Berg der Kassenkredite bleibt für die Kommunen eine enorme Belastung. Das Land muss jetzt eine eigene Lösung für das Problem beschließen und darf sich nicht hinter der politischen Blockade der CDU im Bund verstecken.

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, dass Kunst und Kultur elementare Bestandteile unseres gesellschaftlichen Lebens darstellen und diesen entscheidend prägen. Gleichzeitig hat die Krise aber auch gezeigt, dass die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern zu wenig Wertschätzung in unserer Gesellschaft erfährt und dass sie vor Krisen nicht geschützt sind. Zwar wurden viele wichtige Hilfsmaßnahmen von Bund und Land für den Kultursektor ins Leben gerufen. Doch insbesondere für die Gruppe der solo-selbstständigen Künstlerinnen und Künstler waren und sind diese Maßnahmen nicht passgenau.

In verschiedenen nordrhein-westfälischen Städten kam es zudem zu Demonstrationen von Gegnern der Corona-Schutzmaßnahmen. Dabei hatten sich oftmals auch politische Extremisten insbesondere aus dem rechten, zum Teil auch aus dem linken Spektrum unter die Demonstranten gemischt und dort Verschwörungstheorien verbreitet. Es ist das gute verfassungsrechtlich verbriefte Recht jeder Bürgerin und jeden Bürgers, eine andere Auffassung zu haben und gegen die ergriffenen Maßnahmen mit friedlichen Mitteln zu protestieren. Nicht hinnehmbar ist jedoch, wenn extremistische Gruppierungen auf diesen Zug aufspringen und auf diese Weise versuchen Hetze zu verbreiten und ihre eigenen verfassungsfeindlichen Ziele in die Protestaktionen einzubringen. Hier sind alle demokratischen Kräfte zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen und müssen Lügen und Diffamierungen entschieden entgegentreten.

Vor allem die Bevölkerung war es, die die erste Welle der Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen durch Zusammenhalt und Disziplin gut bewältigen konnte. Dafür braucht es Vertrauen in die politischen Entscheidungen. Es ist deshalb unverantwortlich, wenn die Landesregierung den Schutz der Mieterinnen und Mieter in einer Zeit aushöhlt, in der viele zum Monatsende Sorge tragen, ob sie die steigenden Wohnkosten noch begleichen können. Zudem

ist in den vergangenen Wochen das Vertrauen in Armin Laschet und seine Landesregierung durch die dubiose Vermarktung der sogenannten „Heinsberg-Studie“ durch die PR-Agentur Story Machine und das Kommunikationschaos in der Schul- und Familienpolitik zusätzlich beschädigt worden. Um das Vertrauen in die Landespolitik wieder zu stärken, müssen diese Vorgänge unverzüglich aufgeklärt werden.

Nordrhein-Westfalen ist jetzt aufgefordert, aus den offenbaren Problemen Lehren zu ziehen, um unser Zusammenleben weiter krisenfest zu machen. Damit die gelebte demokratische Solidarität der vergangenen Wochen auch langfristig erhalten bleibt, braucht es für die vielen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger ernsthafte Anerkennung. Die sozialen Herausforderungen in unserem Land müssen jetzt auf Basis der zuletzt gemachten Erfahrungen politisch angegangen werden.

Die bisherige Normalität hat die Krise in Teilen erst zu einer gemacht. Dabei können die meisten der jetzt zutage getretenen Schwachstellen nicht einer oder gar der aktuellen Landesregierung zugeschrieben werden. Die Missstände bestehen schon zu lange. Deswegen kann die Lösung auch nur durch eine breit getragene parlamentarische Mehrheit gefunden werden. Nordrhein-Westfalen braucht daher keine Rückkehr zu einer Normalität, die unseren Zusammenhalt gefährdet. Nordrhein-Westfalen lernt stattdessen aus der Krise und setzt jetzt auf einen sozialen Neustart für die Vielen.

II. Der Landtag stellt fest

1. Nordrhein-Westfalen war nicht gut auf die Pandemie vorbereitet. Denn obwohl gerade die Risiken von Viruserkrankungen seit Jahren bekannt waren, hat das Land es versäumt, rechtzeitig und adäquat Vorsorge zu treffen. Das betrifft nicht nur die Bevorratung mit Schutzausrüstung, Medikamenten und Desinfektionsmitteln. Die gesamte Organisation des Gesundheitssektors und die personelle Ausstattung der betroffenen Behörden offenbaren deutliche Defizite. Bis heute sind nicht alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes adäquat geschützt bzw. mit Schutzausrüstung ausgestattet.
2. Dabei waren es vor allem die Bediensteten des Öffentlichen Dienstes, die der Digitalisierung aufgrund der Gesundheitskrise einen gewaltigen Schub versetzt haben. Es ist den Behörden des Landes aufgrund des gewaltigen Engagements der Bediensteten gelungen, im Wesentlichen ihre Angebote aufrechtzuhalten.
3. Alle Bereiche der Pflege, ob die ambulante Pflege, die stationäre Pflege in der Altenhilfe oder die Krankenpflege – müssen spätestens nach Bewältigung der Corona-Krise nachhaltig strukturell gestärkt werden. Hier dürfen auch die vielen pflegenden Angehörigen in der häuslichen Pflege nicht außer Acht gelassen werden. Sie sind Stützpfeiler unseres Pflegesystems und laufen oft unter dem Radar.
4. Die von der Landesregierung geplante Reform der Krankenhauslandschaft muss auf Eis gelegt werden! Corona hat gezeigt, dass der bisher geplante Weg der Landesregierung komplett neu überdacht werden muss. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Landesregierung nicht die richtigen Prioritäten gesetzt hat. Deswegen muss eine Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen im Lichte der Lehren aus Corona komplett neu angegangen werden.
5. Auch muss das System der Fallpauschalen überarbeitet werden. Wenn Krankenhäuser für ihre Fälle bestimmte Pauschalen erhalten, ohne dass dabei die Arbeit der Pflegenden und der Pflegeaufwand mit in die Rechnung einbezogen werden, setzt das System

offensichtlich Fehlanreize. Hier muss sich die Landesregierung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene für eine Reform des Fallpauschalensystems im deutschen Gesundheitssystem einsetzen.

6. Gerade die Heldinnen und Helden der Krise sind die, die nicht gut bezahlt werden. Kassiererinnen und Kassierer, Paketbotinnen und Paketboten, LKW-Fahrerinnen und LKW-Fahrer, Altenpflegerinnen und Altenpfleger, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Erzieherinnen und Erzieher haben nicht nur Leistungen weit über ihr Soll erbracht, sondern von diesen Leistungen im Regelfall überhaupt nicht profitiert. Im Gegenteil! Sie mussten noch mitunter dafür streiten, dass ihre Kinder betreut und ihre Arbeit als systemrelevant anerkannt wird.
7. Aber auch im Bereich der Saisonarbeitskräfte und Werkvertragsnehmerinnen und -nehmern hat die Gesundheitskrise noch einmal den Scheinwerfer auf die prekären Arbeitsbedingungen und Entlohnungen gerichtet, die seit Jahren bekannt sind. Hier unternimmt die Bundesregierung derzeit erste und wichtige gesetzgeberische Schritte. Jetzt muss Schluss sein mit Ausbeutung, Trickereien und Gaunereien in auffälligen Branchen wie zum Beispiel der Fleischindustrie. Allerdings sind hier auch die Landesbehörden und der Arbeitsschutz gefordert, zukünftig schneller und entschiedener einzuschreiten, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Deswegen müssen die Landesmittel für die Arbeitsschutzverwaltung in Nordrhein-Westfalen weiter aufgestockt werden, um den Arbeitsschutz zu stärken.
8. Die betriebliche, duale Berufsausbildung hat sich bewährt und wird auch zukünftig ein wichtiger Baustein zur Vermeidung von Fachkräftemangel sein und bietet Arbeit, Qualifikation, Teilhabechancen und Aufstiegsmöglichkeiten für junge Menschen. Betriebe profitieren von der dualen Ausbildung. Sie hilft ihnen dabei, Fachkräfte zu gewinnen und ihre unternehmerische Existenz durch gut ausgebildete Fachkräfte nachhaltig zu sichern. Deswegen gilt es in Zeiten der Corona-Pandemie Auszubildende und Betriebe besser zu unterstützen und die Betriebe für eine Sicherstellung guter Ausbildungsplätze in die Verantwortung zu nehmen, um in einem gemeinsamen Kraftakt einen Einbruch der Ausbildungszahlen zu verhindern. Es ist gut, dass der Koalitionsausschuss am 03. Juni 2020 hierzu bereits erste konkrete Beschlüsse gefasst hat, mit der die Ausbildungskrise durch finanzielle Anreize gelindert werden kann. Ein Schutzschirm für Ausbildung muss vorausschauend so ausgestaltet werden, dass er auch bei künftigen Krisen schnell reaktiviert werden kann.
9. Für eine Vielzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist Corona mit Kurzarbeit und Homeoffice verbunden. Gerade die Kombination von reduzierter Arbeitszeit bei deutlich reduziertem Lohn und gleichzeitigem Homeoffice hat nicht nur die Eltern mit der Betreuung der Kinder, Angehörige mit der Versorgung Pflegebedürftiger, sondern auch Alleinstehende mit der Einsamkeit an den Rand ihrer Kräfte gebracht. Diese Leistungen müssen anerkannt und gewürdigt werden! Auch finanziell! Niemand hätte gedacht, wie schnell in Zeiten der Corona-Krise die Themen mobiles Arbeiten, „Homeoffice“ oder Telearbeit eine solche Dynamik entwickelt. Bis gestern war Arbeiten von zu Hause vorrangig ein Thema der Kontroversen von Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, und doch bei aller Bedeutung im Ergebnis nur eher ein Randthema. Durch Corona sind diese Debatten in den Hintergrund geraten. Millionen von Beschäftigten sind von jetzt auf gleich zu Heimarbeiterinnen und -arbeitern geworden. Deswegen müssen die Vorteile von Arbeit von zu Hause aus im Sinne der Beschäftigten endlich in einen rechtssicheren Rahmen gegossen werden. Demzufolge wollen wir ein Recht auf mobiles Arbeiten und Homeoffice gesetzlich verankern.

10. Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen und sich neben ihrem Beruf noch um die Pflege von Angehörigen kümmern, sollen Unterstützung bekommen, beispielsweise bei haushaltsnahen Dienstleistungen. Es müssen aber auch Anreize für die partnerschaftliche Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit geschaffen werden, wie zum Beispiel mit der Einführung einer Familienarbeitszeit, welche bei Verkürzung der Arbeitszeit beider Elternteile einen finanziellen Ausgleich schafft.
11. Die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Lage infolge der Corona-Krise erfordert aktives staatliches Handeln auf allen Ebenen, beginnend bei der Europäischen Union bis hinunter auf die kommunale Ebene. Dabei muss neben der Stabilisierung auch klar sein, dass wir einen sozialen, ökologisch wie ökonomisch nachhaltigen Neustart der Wirtschaft benötigen - kein Zurück zu alten Pfaden. Mit den Soforthilfen des Bundes und der Länder, dem ersten EU-Hilfspaket vom April sowie dem ersten Konjunkturpaket der Bundesregierung vom Juni sind insgesamt richtige und wichtige Schritte zur Wiederbelebung und der Modernisierung der Wirtschaft unternommen worden. Nun müssen weitere Anstrengungen insbesondere auf europäischer Ebene folgen. Wir begrüßen daher die Vorschläge der Bundesregierung und der französischen Regierung sowie den darauf aufbauenden Vorstoß der EU-Kommission. Diese müssen nun zügig umgesetzt und bei Bedarf national noch weiter ergänzt werden.
12. Weiter müssen gerade auch die Kommunen und Landkreise besser in die Abstimmungsprozesse zur Bewältigung der Gesundheitskrise eingebunden werden. Wenn Kommunen zum Beispiel am Freitag, 29. Mai 2020 um 22:00 Uhr über Verordnungen des Landes elektronisch in Kenntnis gesetzt werden, die am 30. Mai 2020 um 8:00 Uhr morgens in Kraft treten sollen, kann das nicht funktionieren.
13. Doch auch gerade im schulischen Bereich haben sich evidente Schwachstellen gezeigt. Digitaler Unterricht kann nur gelingen, wenn alle Schülerinnen und Schüler Zugang zu digitalen Endgeräten haben. Wenn die Eltern kein Geld für einen PC für jedes Kind haben, bleibt der digitale Unterricht für viele Kinder eine Illusion. Aber auch die Lehrerinnen und Lehrer brauchen nicht nur Hard- und Software. Vielmehr brauchen wir eine klare digitale Agenda im Schulbereich, wie digitaler Unterricht gelingen kann. Das Prinzip „Try-and-Error“ ist in der Corona-Krise an seine Grenzen gestoßen.
14. Darüber hinaus brauchen Eltern, Schülerinnen und Schüler Planungs- und Rechtssicherheit, wie die Schulen nach den Sommerferien wieder öffnen können, obwohl es nach wie vor weder Impfstoff noch Medikamente zur Behandlung von COVID-19 gibt.
15. Auch im Hochschulbereich benötigen wir eine klare Digitalstrategie. Das Gelingen von Online-Semestern bedarf einer landesweiten, einheitlichen strategischen und organisatorischen Hilfestellung, die das Engagement vor Ort unterstützt.
16. Im Wege der Corona-Krise und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft ist es vielfach zu Einkommensverlusten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gekommen (Kurzarbeit usw.). Auch unter diesen Umständen muss die Sicherheit der eigenen Mietwohnung gewährleistet werden. Dazu braucht es unter anderem auch einen wirksamen Mieterschutz in Nordrhein-Westfalen. Politisches Ziel muss eine bedarfsgerechte Fortentwicklung des Mieterschutzes zum Wohle der Menschen sein, nicht dessen Aushöhlung, wie von der Landesregierung aktuell betrieben.
17. Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr teilweise dramatisch heruntergefahren werden musste. Das liegt nicht nur an der schwachen Personaldecke der Verkehrsbetriebe, die aufgrund der Gesundheitskrise

noch schwächer wurde, sondern auch an den Schwachstellen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, die in dieser Zeit nur noch deutlicher zum Tragen kommen.

18. Die Organisierte Kriminalität ist sehr flexibel. Das haben wir nicht nur gemerkt, als gezielt Daten und Datensätze von Antragstellerinnen und Antragstellern im Rahmen der Soforthilfe-Programme abgegriffen und kriminell verwendet wurden, sondern auch in massiv gestiegenen Fallzahlen von Internetkriminalität und Betrugstaten. Gerade die Ängste älterer Menschen werden gerade brutal ausgenutzt. Weiter wird durch den Lockdown das Dunkelfeld der Zahlen von Gewalt- und Sexualdelikten im häuslichen und familiären Bereich deutlich größer werden. Diese Taten müssen bekannt und aufgeklärt werden!
19. Obdachlose wurden von der Corona-Krise besonders hart betroffen. Viele Tafeln, Suppenküchen, Unterkünfte und Notschlafstellen mussten schließen, um nicht zur Ausbreitung des Virus beizutragen, die typischen Anlaufstellen für Obdachlose fallen weg. Viele Obdachlose und von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen verfügen auch nicht über die digitalen und technischen Mittel, um sich über ihre Situation, Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Deswegen ist es unabdingbar, dass das Land hier mehr als bisher aktiv wird. Notwendig ist, dass das Land gemeinsam mit den Kommunen über verbindliche Rahmenbedingungen verhandelt, mit denen Obdachlosen und von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen nicht nur in Krisenzeiten geholfen wird. Dazu bedarf es verbindlicher kommunal- und stadtinterner Treffpunkte, wo für alle Betroffenen gleichermaßen und niedrigschwellig zentral an Hilfe kommen. Kommunal- und stadtintern bedarf es hierzu eines Gesamtplanes, um Obdachlosen zu helfen.
20. Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen dürfen auch in Zeiten der Corona-Krise nicht benachteiligt werden! Alle Menschen gleichermaßen müssen darauf vertrauen können, dass ihnen der Staat bestmögliche medizinische Versorgung und soziale Betreuung garantiert. Für die Werkstätten und die Einrichtungen der Eingliederungshilfe für das Wohnen gilt das im besonderen Maße. Die Bewohnerinnen und Bewohner und die Beschäftigten benötigen dringend ausreichend Schutzkleidung, Schutzmasken und alles Notwendige an medizinischer Ausrüstung. Arztbesuche, begleitete Einkäufe im Supermarkt und Betreuungen für die Erledigung alltäglicher Dinge müssen unvermindert möglich sein! Nur so kann es gelingen, die Herausforderungen der Corona-Pandemie gemeinsam zu meistern. Die Rechte der Menschen mit Behinderung, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe müssen - so wie in der UN-Behindertenrechtskonvention vorgeschrieben - gesichert werden! Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderung dabei unterstützt werden, dass sie in Krisenzeiten befähigt werden, sich möglichst eigenständig vor gesundheitlichen Risiken zu schützen. Das Ziel eines inklusiven Nordrhein-Westfalens muss jetzt mit Nachdruck weiter verfolgt werden.
21. Unser aktuelles Sozialsystem fängt Solo-Selbstständige nur eingeschränkt auf. Ein Großteil fällt durch das aktuelle Sozialsystem durch, so dass diese Berufsgruppe mitunter am meisten unter existenziellen Ängsten bezüglich ihrer Arbeitsleistung und der Absicherung ihres Lebensunterhalts leidet. Es müssen neue Wege gefunden werden, wie sie besser in das Sozialsystem integriert werden können und wie aktuelle Hilfsmaßnahmen alle und nicht nur wenige auffangen. Vor allem muss es sich um langfristige Maßnahmen handeln, die Solo-Selbstständige vor weiteren Erosionen schützen.
22. Unsere professionellen Sportlerinnen und Sportler nehmen als Vorbilder in ihren Sportarten eine wichtige gesellschaftliche Rolle ein. Deshalb darf die sportpolitische Gestaltung von Rahmenbedingungen nicht von der finanziellen Kraft einzelner Sportarten oder Organisationen abhängig gemacht werden. So wurde der Spielbetrieb der Deutschen Fußball Liga auch deshalb wieder aufgenommen, weil das Finanzgebaren der Clubs

wenig Alternativen zuließ, während der Spielbetrieb in anderen Sportarten ausgesetzt blieb. Sonderbehandlungen schaden dem Ansehen des Profisports insgesamt und müssen von nun an vermieden werden. Das Interesse aller Sportarten im Profibereich muss gleich behandelt werden.

23. Mehrere Fälle von Corona-Infizierten in Flüchtlingsunterkünften haben verdeutlicht, dass Massenunterkünfte keine geeignete Form für eine langfristige Unterbringung von schutzsuchenden Menschen darstellen. Mehrere Flüchtlingsunterkünfte mit teilweise über 500 Bewohnern mussten temporär komplett unter Quarantäne gestellt werden, was zu massiven Anstrengungen der zuständigen Behörden, Kommunen, Gesundheitsämter, Angestellten und Sicherheitsbehörden führte. Am wenigsten konnten sich nicht-infizierte Bewohnerinnen und Bewohner in den Unterkünften selbst vor einer Infektion schützen. Die Unterbringung in Mehrbettzimmern, die gemeinschaftlich genutzten Sanitäranlagen, die Essensausgabe in Kantinen und mangelnde Selbstversorgung auf den Zimmern, die Gemeinschaftsräume, der mangelnde Zugang zum Internet und somit zu Informationen, setzen Schutzsuchende einer großen gesundheitlichen Gefahr aus. Hinzu kommt, dass Freizeit- und Integrationsangebote in Quarantäne-Phasen komplett ausfallen.
24. Auch das Parlament muss darüber beraten, welche Veränderungen getroffen werden müssen, damit der Landtag auch im Pandemiefall besser und schneller handlungsfähig ist. Dies betrifft Fragen der Beschlussfähigkeit, der Geschäftsordnung, aber auch der Möglichkeit per Videokonferenzen zu arbeiten und vielleicht sogar Zeugen zu vernehmen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

dafür zu sorgen, dass Nordrhein-Westfalen nicht zu einer Normalität zurückkehrt, die unseren Zusammenhalt gefährdet. Zu den festgestellten Problemlagen muss deshalb gemeinsam mit den demokratischen Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen ein Handlungskonzept für einen sozialen Neustart erarbeitet werden. Hierbei kommt es insbesondere im ersten Schritt darauf an:

- In diesem Zusammenhang eine Stuserhebung der Defizite, die sich durch die Pandemie offenbart haben, vorzunehmen.
- Die pflege-, gesundheits-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Folgerungen aus der Corona-Krise zum Schwerpunktthema zu machen.
- Alle Bereiche der Pflege nachhaltig zu stärken. Hierzu müssen alle relevanten Akteure aus Pflege, Politik, Zivilgesellschaft, Verbänden und die Tarifpartner an einen Tisch und Lösungskonzepte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Löhne in der Pflege erarbeiten.
- Die Corona-Pandemie hat die Schwächen und Unzulänglichkeiten unseres Bildungswesens unter das Brennglas genommen und offenbart dringlichen Handlungsbedarf. Parteiübergreifend ist das Bildungswesen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und zukunftsorientiert auszurichten, damit unsere Schülerinnen und Schüler für das 21. Jahrhundert vorbereitet sind.
- Die Altschuldenproblematik braucht eine zeitnahe Lösung. Die Landesregierung ist gefordert, ein landeseigenes Modell zur Lösung des Altschuldenproblems vorzulegen, mit dem die kommunalen Kassenkredite unter substanzieller Beteiligung des Landes nachhaltig getilgt werden, ohne dass es zu einer finanziellen Überforderung der Kommunen kommt. Weiter sind Maßnahmen zu implementieren, die einem erneuten dramatischen Anstieg der Verschuldung mit Kassenkrediten entgegenwirken.

- Die konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise werden evaluiert, um bei anhaltendem Bedarf weitere Anstrengungen zur Stützung und nachhaltigen Modernisierung unserer Wirtschaft und ihrer Beschäftigten unternehmen zu können. Diese Maßnahmen müssen sowohl eine Stärkung und Stabilisierung der hiesigen Nachfrage wie auch die Anreize für zukunftsfähige, dem Gemeinwohl dienende Investitionen umfassen.
- Der öffentliche Verkehr auf der Schiene und auf der Straße (ÖPNV und SPNV) ist als Motor klimafreundlicher Mobilität endlich verlässlich für alle Kunden zu gestalten. Für leistungsfähige und verlässliche Verkehrsunternehmen, die im Interesse des Gemeinwohls die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Mobilitätsangeboten sicherstellen, braucht es zwingend eine strukturell verbesserte Finanzausstattung des ÖPNV/SPNV. Hier ist - über Bundesmittel hinaus - auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen selbst gefordert, deutlich mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
Marc Herter
Michael Hübner
Lisa Kapteinat
Regina Kopp-Herr
Jochen Ott
Eva-Maria Voigt-Küppers
Sven Wolf

und Fraktion